



Rede

**des wirtschafts-, mittelstands- und
energiepolitischen Sprechers
der CDU-Landtagsfraktion,
Hendrik Wüst MdL**

im Plenum des Landtags NRW

am

17. September 2010

TOP 2 – Aktuelle Stunde zur Atompolitik

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Voigtsberger hat angekündigt, sachlich zu sein. Im Ton hat er das auch durchgehalten. Gleichwohl muss man sich mit dem einen oder anderen auseinandersetzen.

Sie argumentieren mit Verlässlichkeit. Wir kommen gleich noch zu einem Tagesordnungspunkt, unter dem wir diese Verlässlichkeit prüfen werden. Das Thema „Geheimvereinbarung“ ist mehrfach genannt worden. Es war von „schmutziger Deal“ und „Geheimdeal“ die Rede. Es war seit Wochen klar, dass es einen Fonds geben würde, mit dem man regelt, dass man die Mehreinnahmen abschöpft. Es war immer klar, dass man das über einen Vertrag macht. Der Vertrag ist so geheim, dass ich ihn sogar hier habe und jedem zur Lektüre anempfehle. Der Vertrag war wenige Stunden später im Internet verfügbar.

Zum Thema „Zustimmung des Bundesrates“: Dies ist bei den Juristen umstritten; das ist wahr. Ich habe in meiner juristischen Ausbildung gelernt: Zur Sicherheit guckt man am besten einmal auf das höchste Gericht, das Bundesverfassungsgericht. Das Bundesverfassungsgericht hat zum Thema „Luftsicherheitsgesetz“ in dieser Frage entschieden: Solange die Aufgaben der Länder lediglich quantitativ verlängert werden, besteht keine Zustimmungspflicht der Länder, jedenfalls dann nicht, wenn es sich um eine ganz außergewöhnlich, überdurchschnittlich lange Verlängerung handelt.

Genau über diese Rechtsbegriffe muss man jetzt reden. Ist das ein solcher Fall oder nicht? Die überwiegende Mehrzahl der befragten Gutachter hat sich entschieden, dass das nicht so sei.

Herr Markert und Herr Aggelidis – der jetzt nicht da ist –, ich wollte Ihnen meinen Respekt ganz ernsthaft für Ihr politisches Erweckungserlebnis bezeugen. Es unterscheidet die verschiedenen Generationen, wie man in die Politik einsteigt. Meistens gibt es im Heranwachsendenalter ein solches Erlebnis. In Ihrer Generation war das für viele – im Übrigen auch in meiner Familie – die Atompolitik. Für mich wie für viele in meiner Generation war es die deutsche Einheit. Wir alle müssen aufpassen, dass wir uns einerseits den Zauber dieser Faszination in allen alltäglichen Debatten bewahren. Dass andererseits daraus keine Lebenslügen werden, gilt für alle mit ihren politischen Erweckungserlebnissen.

Gleich reden wir über Kohle, jetzt über Atom. Bei beidem sind die Grünen äußerst skeptisch. Sie wissen ganz genau, dass wir so schnell, wie Sie das wollen, aus beiden Technologien nicht aussteigen können, ohne in Zukunft wahrscheinlich noch Atomstrom aus Frankreich oder dem ehemaligen Ostblock importieren zu müssen. Das ist ein Stückweit genau der Grenzgang zwischen dem politischen Erweckungserlebnis, das man im Herzen trägt, und der Lebenslüge.

Zu den Themen „schmutziger Deal“ und „Sicherheit“ ist etwas gesagt worden. Häufig – das ist hier nicht gemacht worden, will ich redlich dazusagen – wird argumentiert, die zusätzlichen Investitionen seien auf 500 Millionen Euro gedeckelt. Das ist nicht der Fall. Durch die Struktur von Gesetz und Vereinbarung ist sichergestellt, dass bis hin zum größtmöglichen Sicherheitsstandard investiert wird, dass am Ende aber 500

Es gilt das gesprochene Wort!

Millionen Euro aus dem Fonds genommen beziehungsweise weniger eingezahlt werden. Sicherheit geht vor Gewinn und Sicherheit geht auch vor Staatseinnahmen. So ist die Struktur dieses Kompromisses angelegt. Lesen Sie es nach! So ist die Geschichte.

Nächster Punkt: Milliardengewinne. Die Struktur des Gesetzes sichert: 58 Prozent der zusätzlichen Gewinne werden durch die Körperschaftsteuer und den Fonds abgeschöpft. Frau Kanzlerin Merkel hat in meinem Beisein am vergangenen Montag zugesichert, dass sie bereit ist, mit den Ländern darüber zu reden, sie daran zu beteiligen.

Es täte der Landesregierung gut, dagegen nicht mit großem Tohuwabohu anzurennen, sondern vielleicht ein bisschen clever zu agieren und – obwohl wir kein Atomkraftwerk haben – zu versuchen, von den zusätzlichen Einnahmen etwas für unsere Projekte abzubekommen.

Zum Thema „Milliardengeschenke“ kann man auf die Aktienkurse gucken. E.ON und RWE sind eingebrochen. EnBW ist eingebrochen. Als ehemaliger Haushälter weiß ich, dass wir die Analysten von Fitch nicht mehr so gerne zitieren, wage es aber noch einmal. Der bei Fitch für die Versorger zuständige Analyst sagt: E.ON, RWE und EnBW dürften zusätzliche Sparprogramme auflegen, Dividenden kürzen und Investitionen zurückfahren. Da diese Möglichkeiten aber begrenzt seien, könnten extremere Maßnahmen wie etwa Teilverkäufe oder Kapitalspritzen in Erwägung gezogen werden. – Das hört sich für mich nicht wie die ganz große Sause und ganz große Party an, meine Damen, meine Herren.

Zum Thema „Geld“ noch ein kleiner Zusatz. Bei der Diskussion über die Preise kam die Linkspartei eben mit den kleinen Leuten, mit denen sich keiner auseinandersetzt. Es ist heute schon so, dass die Zeche für das Energieeinspargesetz in Höhe von 100 Euro pro Jahr bezahlt wird. Es geht um 100 Euro pro Jahr bei einem Einfamilienhaushalt, einem alleinstehenden Rentner. Insofern sollten auch Sie einmal darüber nachdenken, wie das mit den Preisen ist und ob es nicht gut tut, an der Stelle ein bisschen auf die Bremse zu treten.

Zur Endlagerfrage. Zweifelsfrei ist das ein Riesenproblem. Dieses Problem entsteht aber nicht durch diesen Energiekompromiss und dieses Konzept. Wenn Sie an dem Tag ausgestiegen wären, an dem Sie Ihren Deal mit den Atomkraftwerken gemacht haben, hätten Sie auch keine Lösung für das Endlager gehabt. Aber anstatt weiterzudenken hat Herr Trittin dafür gesorgt, dass das Denken verboten war. Jetzt ist Denken wieder erlaubt. Norbert Röttgen hat eine vorbehaltlose Überprüfung aller Möglichkeiten zugesagt.

Stadtwerke – letzter Punkt. Erstens. Die Stadtwerke sind verschieden. Herr Kollege Lienenkämper hat es gesagt. Zweitens. Es gibt übrigens auch Stadtwerke, die Atomenergie betreiben. Die Stadtwerke München werden immer als Beispiel herangezogen. Sie sind an Atomkraftanlagen beteiligt. Union und FDP haben sich immer zur Kernenergie bekannt. Wer also argumentiert, der Vertrauensschutz sei verletzt worden, der begeht eine Fehleinschätzung. Die abgeschöpften Mittel fließen nach derzeitiger Beschlusslage in den allgemeinen Bundeshaushalt. Davon haben die Stadtwerke nicht profitiert. Durch das Gesetz und den Vertrag profitieren jetzt die Stadtwerke und die erneuerbaren Energien.

Es gilt das gesprochene Wort!

Drittens. Viele von uns sind auch Kommunalpolitiker. Es kann doch nicht sein, dass wir alle für mehr Wettbewerb sind und dann eine Gruppe – im Zweifel die, die bei uns über die stärkste Lobby verfügt – in dem Moment, in dem es ihnen nicht mehr passt, sagt: Diese Art von Wettbewerb haben wir nicht gewollt. Wir haben lieber etwas höhere Preise und leben dann ein bisschen besser. – Das muss man einmal in aller Klarheit sagen. Die Stadtwerke möchten höhere Preise für die Wirtschaft und die Verbraucher. Das ist mit uns nicht zu machen. – Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.